

## **Emissionszentrale EGW:**

### **Fast 200 Millionen zu rekordtiefen Kosten**

**Ende August hat die Emissionszentrale EGW mit zwei neuen Anleihen insgesamt 193.7 Mio. Franken am Kapitalmarkt aufgenommen. Die All-in-costs sind so tief wie noch nie. 60 gemeinnützige Wohnbauträger können damit die günstige Finanzierung von rund 2'800 Wohnungen langfristig sichern.**

Die Anleihe über 10 Jahre (74.6 Mio.) kostet all-in 0.827%. Jene über 15 Jahre (119.1 Mio.) kostet 1.162%. Die insgesamt 76 Anleihequoten werden von 60 Wohnbauträgern bezogen. Viele nutzen sie als Anschlussfinanzierung für eine demnächst auslaufende Anleihe. Insgesamt 98.7 Mio. Franken sind jedoch neu aufgenommene Gelder.

Voraussichtlich Ende Oktober wird die EGW erneut an den Kapitalmarkt gelangen. Damit wird unter anderem die Anschlussfinanzierung für zwei Serien gewährleistet, welche im November und Dezember 2014 auslaufen.

### **Bundesrat beantragt neue Bürgschaft**

**Am 20. August 2014 hat der Bundesrat entschieden, den eidgenössischen Räten einen neuen Rahmenkredit in erster Linie für die Verbürgung von Anleihen der EGW zu beantragen.**

Der Betrag von 1'900 Mio. Franken soll von Mitte 2015 bis Ende 2021 eingesetzt werden. Bei diesem Rahmenkredit handelt es sich um eine Eventualverpflichtung, die nur im Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners eingelöst werden müsste; dies ist seit dem Inkrafttreten des Wohnraumförderungsgesetzes im Jahr 2003 nie der Fall gewesen.

Als Erstrat wird der Ständerat voraussichtlich in der Wintersession 2014 über den Kredit befinden, danach der Nationalrat in der Frühlingssession 2015. Für das Geschäft gilt die «Schuldenbremse» – es muss ihm also eine Mehrheit aller Ratsmitglieder zustimmen; dafür braucht es eine grosse Präsenz im Ratssaal.

Die Dachverbände des gemeinnützigen Wohnungsbaus werden in Zusammenarbeit mit der EGW die nötigen Unterlagen bereitstellen und die Massnahmen koordinieren, damit der Rahmenkredit das nötige Quorum erreicht. Auch die einzelnen Mitglieder der Verbände und der EGW sind aufgerufen, Parlamentarier/innen in ihrem Umfeld dafür zu mobilisieren.